

Tanja Gönner will Zugbegleiter durchsetzen

Interview Die Ministerin hat mittlerweile viele Aufgaben: Zur Umwelt kommen der Verkehr und der Naturschutz

Frau Gönner, haben Sie als Umweltministerin genug Zeit, auch noch das Verkehrsressort zu übernehmen? Noch dazu ohne Staatssekretär?
Dieses Haus war schon einmal für Umwelt und Verkehr zuständig. Das ist es jetzt wieder, ergänzt durch den Naturschutz. Es ist klar, dass es eine Herausforderung ist, ohne Staatssekretär zu arbeiten. Aber ich habe einen sehr guten Amtschef, der mir viele Termine abnehmen wird.

Was bedeutet der Wechsel inhaltlich?
Es gibt beispielsweise Synergieeffekte bei der Luftreinhaltung oder bei der Lärmbekämpfung. Wir wollen Zukunftsfragen klären wie etwa: Wie sieht nachhaltige Mobilität aus – in Ballungszentren und zwischen den Zentren und dem ländlichen Raum.

Was liegt Ihnen persönlich näher, die Schiene, die Straße oder gar das Fahrrad?
(lacht) Ich gebe zu, dass mein Fahrradgebrauch verbessert werden könnte. Immerhin, ich habe die Diensträder schon genutzt. Sonst fahre ich neben dem Dienstwagen wenn möglich mit der Bahn.

Als Umweltministerin bekämpfen Sie den Lärm. Werden Sie nun als Verkehrsministerin Kommunen unterstützen, die den Lärm durch ein Tempolimit reduzieren wollen?
Das Thema Lärm spielt im Verkehrsreich eine immer größere Rolle. Das lässt sich sogar an den Vorschriften ablesen. Damit ein Tempolimit wegen des Lärms genehmigt werden kann, musste früher eine Senkung des Lärms um 3 Dezibel erreicht werden. Heute sind es 2,1 Dezibel.

Fast alle Autos haben grüne Plaketten, aber Grenzwerte werden immer noch überschritten – beim Feinstaub und bei Stickstoffdioxid. Kommt da noch was Neues?
Lange haben alle Autos mit grünen Plaketten dem neuesten Stand der Technik entsprochen. Die Debatte wird wiederkommen, wenn sich der Euro-6-Standard durchsetzt. Ob wir dafür neue Plaketten brauchen? Vorrangig ist, dass die Autos mit roten und gelben Plaketten schrittweise aus Umweltzonen ausgeschlossen werden.

Was ist mit den Stickstoffdioxiden?
Fachleute im Land haben vorige Woche darüber diskutiert; die Europäische Kommis-



Eine Speerspitze der Atomlobby? Tanja Gönner findet es ungerecht, von guten und bösen Umweltministern zu reden. Foto: Michael Steinert

sion wird sich im April damit befassen. Aber es stimmt schon: wir bekämpfen den Feinstaub mit Rußfiltern und Oxi-Kat, der wiederum zu mehr Stickstoffdioxiden führen kann. Das Thema wird uns noch längere Zeit nicht in Frieden lassen.

Erhofft sich der Ministerpräsident Mappus, dass Sie dank Ihrer guten Berliner Kontakte zusätzliche Mittel für den Straßenbau im Land lockermachen können?
Ich will nicht ausschließen, dass mein Kontakt nach Berlin einer von den Punkten ist, auf die der Ministerpräsident setzt. In Baden-Württemberg haben wir ein deutlich höheres Verkehrsaufkommen als in anderen Ländern. Im Verhältnis dazu fließt zu wenig Geld in den Bundesstraßenbau. Dabei müsste es auch im Interesse des Bundes liegen, dass ein Transitland wie Baden-Württemberg nicht dauerhaft im Stau steht. Der Nachholbedarf anderer Regionen ist inzwischen abgebaut worden.

Sie fordern nach dem Aufbau Ost nun also ein Aufbauprogramm West... (lacht) ... ein Aufbauprogramm Südwest.

Die Fahrgäste der Bahn ärgern sich immer wieder über den Abzug der Schaffner aus den Zügen, über teils veraltetes Wagenmaterial oder über eine Verkürzung der Öffnungszeiten von Reisezentren. Kann das Land da nicht eingreifen?
Wir sind dabei, die Regionalverkehre neu auszuschreiben. Der Vertrag mit der DB läuft aber noch bis 2016. Der Ministerpräsident hat angekündigt, dass bei den Ausschreibungen auch Zugbegleiter gefordert werden sollen. Durch sie soll die Sicherheit gewährleistet werden. Wir werden über diese Ausschreibungen manches Sinnvolle und Notwendige erreichen können.

Sie haben den Naturschutz neu im Ressort. Das Thema ist in der Regierungserklärung nicht erwähnt. Fühlen Sie sich ignoriert?
Nein, überhaupt nicht. In einer Regierungserklärung müssen Schwerpunkte gesetzt werden. Es amüsiert mich, wenn Menschen eine Regierungserklärung darauf abklopfen, was steht nicht drin. Das zeigt mir, dass nicht das Ganze gesehen wird, sondern nur die Einzelinteressen.

2010 ist das Jahr der Artenvielfalt. Wie wollen Sie denn konkret das Verschwinden von Tierarten und Pflanzen im Land stoppen?
Das wird eine Herausforderung sein, die sich nicht in einem Jahr lösen lässt. Der Kollege Hauk hat ein Konzept zur biologischen Vielfalt aufgestellt. Fest steht für mich: wir müssen das Thema im Bewusstsein der Bevölkerung verankern.

In den vergangenen Wochen konnte man den Eindruck gewinnen, dass Sie sich zur Speerspitze der Atomlobby machen. Weshalb? ... (zögert lange) Dieser Eindruck beschäftigt mich, er ist unfair. Ich finde es ungerecht zu sagen, das sind die guten Umweltminister, die für erneuerbare Energien sind, und das sind die bösen Umweltminister, die für Atomenergie sind. Das ist eine Schwarz-Weiß-Sicht, die nicht den aktuellen Anforderungen an eine nachhaltige Energieversorgung gerecht wird. Ich sehe durchaus die Notwendigkeit, dass wir noch längere Zeit Kernkraftwerke brauchen.

Auch Norbert Röttgen, Ihr CDU-Kollege im Bund, spricht von der Brückentechnologie Atomkraft. Was hat Sie empört, dass Sie sich derart für die Atomkraft einsetzen?
Wesentlich war, dass wir ein Energiekonzept ohne Vorfestlegungen entwickeln wollten. Daran hat Röttgen sich nie gehalten. Er hat sich im Vorfeld festgelegt. Zweitens hat er bei seiner Aussage, im Jahr 2030 werden die erneuerbaren Energien 40 Prozent erreicht haben – mit diesem Anteil ist die Kernenergie ersetzbar – leider ein ganz wesentliches Wörtchen im Koalitionsvertrag überlesen: „verlässlich“. Diese 40 Prozent werden ohne neue Speichertechnologien nicht als Strom-Grundlast verlässlich zur Verfügung stehen. Diese beiden Vorfestlegungen halte ich für falsch.

Haben Sie den Eindruck, dass Herr Röttgen heute manches so nicht mehr sagen würde?
Die Entwicklung seiner Interviews zeigt mir, dass wir heute nicht mehr so weit aus-

einander sind. (Sie lacht) Es sei denn, er kommt wieder auf das Jahr 2030 zurück.

Was tun Sie konkret, um die Brückentechnologie Atomkraft zu ersetzen?
Wir erstellen gerade das Programm „Klimaschutz2020plus“. Dabei sind die Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien ganz wesentliche Fragen. Was ist machbar? Welche Ziele müssen wir uns setzen? Das haben wir mit Experten diskutiert. Bei dieser Frage wollen wir auch die Bürger über das Internet beteiligen. Das Konzept soll noch in dieser Legislaturperiode – also vor der Landtagswahl im März 2011 – fertiggestellt werden. Das Thema „Erneuerbare Energien“ wird zu sehr verkürzt auf die Stromerzeugung. Im Bereich Wärme ist deren Potenzial weit größer. Deshalb haben wir ein Landeswärmegesetz. Dieses soll nun evaluiert werden.

Der Ministerpräsident hat ein Modellprojekt „Klimaneutrale Stadt“ angekündigt. Hat er Sie damit überrascht?
Das war für mich eine Überraschung. Ich halte die Idee für sehr reizvoll. Es geht um ein Gesamtkonzept, das weit über die Idee der Bioenergie-dörfer hinausgeht, die den Strom- und Wärmebedarf über erneuerbare Energien abdecken. Zu dem neuen Gesamtkonzept gehören auch die Mobilität, also Nahverkehr, Fahrrad ...

Wie werden Sie vorgehen?
Meine Empfehlung wäre, eine kleine und eine mittlere Stadt zu suchen. Ich glaube, wir würden uns völlig überfordern, mit einer Großstadt zu beginnen.

Bietet sich da nicht Tübingen mit seinem Grünen-Oberbürgermeister an?
Das muss nicht unbedingt Tübingen sein. Wir werden sicher eine Ausschreibung machen. Da kann sich Boris Palmer bewerben. Ich freue mich auf dieses Modellprojekt.

Das Gespräch führten Andrea Koch-Widmann und Michael Petersen.



Foto: Michael Steinert

„Palmer kann sich ja für das Projekt „Klimafreundliche Stadt“ bewerben.“

Tanja Gönner, Umwelt- und Verkehrsministerin

TANJA GÖNNER

Partei Der CDU ist Tanja Gönner schon lange verbunden. 1986 trat die gebürtige Sigmaringerin der Jungen Union bei, seit 1987 ist sie CDU-Parteimitglied. Die Juristin studierte in Tübingen und erhielt 1999 ihre Zulassung als Rechtsanwältin. Von 2002 bis 2004 gehörte sie dem Bundestag an, 2004 wurde sie Sozialministerin in Stuttgart, 2005 Umweltministerin.

Ministerium Unter der Regierung Mappus wurden die beiden Verkehrsabteilungen des Innenministeriums dem Umweltministerium zugeschlagen. Der bisher für Verkehr zuständige Staatssekretärsposten wurde gestrichen. mip